

GUSTAVE STERN

Ein französischer Gewerkschaftskongreß

Der Kongreß der *Force Ouvrière*, der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehörenden französischen Gewerkschaftsorganisation, fand in der gesamten französischen Presse großen Widerhall, obwohl diese Organisation, die im Jahr 1947 aus einer Abspaltung von der von den Kommunisten beherrschten C.G.T. entstand, eine geringere Mitgliederzahl aufweist als die weiterhin von den Kommunisten geleitete C.G.T. und der Christliche Gewerkschaftsbund.

Der Grund für dieses große Echo ist zweifach: Ende November 1963, als der Kongreß tagte, stand mehr denn je seit dem Beginn der gaullistischen Ära der Begriff „Integration“ auf der Tagesordnung, das heißt der Versuch, in dieser oder jener Form die Gewerkschaftsbewegung zu „integrieren“, sie ihrer vollen Handlungsfreiheit zu berauben, sie faktisch zu entmachten und sie also einem Schicksal zuzuführen, das vorher bereits den Parteien widerfahren war. Man erwartete auch von diesem Kongreß eine Antwort auf die Frage, die sich in der gegenwärtigen Lage in Frankreich aufzudrängen scheint: wie es gegenwärtig nämlich mit der Möglichkeit einer Einheit der Gewerkschaftsbewegung stehe.

Der Kongreß hat zu den beiden erwähnten Themen klare Stellung bezogen, und zwar nach Diskussionen, die mitunter sogar stürmisch waren, was schließlich vom lebendigen Leben innerhalb der Organisation und von der Tatsache zeugt, daß jeder die Möglichkeit hat, seine Auffassung frei zum Ausdruck zu bringen.

Es versteht sich von selbst, daß alle Delegierten, ohne Ausnahme, gegen die Versuche der Regierung Stellung nahmen, in irgendeiner Form die Gewerkschaftsbewegung zu „integrieren“, insbesondere in der Form der scheinbar von der Regierung be-

absichtigten Umgestaltung des Wirtschafts- und Sozialrats in eine Art von Ständekammer, in deren Rahmen die Gewerkschaften legislative Funktionen erhalten sollen, um an der „Verantwortung teilzuhaben“; und dies in einem Land, in dem das „richtige“ Parlament zur vollkommenen Ohnmacht verurteilt worden ist...

Indessen ist die Ablehnung der „Integration“ mit sehr unterschiedlichen Nuancen erfolgt, je nachdem, ob ein Vertreter der sogenannten „reformistischen“, der anarcho-syndikalistischen oder der „modernistischen“ Richtung das Wort ergriff. Während die „Reformisten“, die sich auf den verstorbenen Gewerkschaftsführer *Léon Jouhaux* berufen, den Standpunkt vertreten, daß die „Integration“ zwar in jeder Form abzulehnen sei, daß aber die Gewerkschaftsorganisation, unter voller Bewahrung ihrer Handlungsfreiheit, nicht darauf verzichten dürfe, in den verschiedenen Organismen zu tagen, in denen die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den Vertretern der Unternehmer und der Regierung erörtert wird, vertreten die Vertreter der anarcho-syndikalistischen Richtung, die in Paris und in einigen Provinzstädten über Einfluß verfügen, die Auffassung, daß schon allein die „Präsenz“ im Kommissariat für Planung sowie in den Organismen, in denen die Lohn- und Preispolitik erörtert wird, eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung bilde.

Die „Modernisten“, zu denen eine Reihe von führenden Funktionären der Industriegewerkschaften gehören — der Metallindustrie und der chemischen Industrie insbesondere — verfechten einen Standpunkt, der sie den vereinten Angriffen der beiden anderen Flügel aussetzte. Die „Modernisten“ gehen davon aus, daß das kapitalistische System eine gewaltige Strukturveränderung erfahren habe und daß der „Neo-Kapitalismus“ von den Gewerkschaftsorganisationen neue Kampfformen erfordere. Sie sprechen von der Notwendigkeit, die „wirtschaftliche Macht“ zu erobern; sie weisen darauf hin, daß es gegenwärtig nicht mehr möglich sei, nur Forderungen zu erheben, sondern daß es darauf ankomme, den Plänen des „Neo-Kapitalismus“, dessen politischer Ausdruck die Regierung sei, einen „Gegenplan“ entgegenzustellen, der die Forderungen der Arbeiterschaft in konstruktiver Weise formuliert und der allein die Gewerkschaftsorganisationen befähige, den entscheidenden Einfluß in den „Zentren der Entscheidung“ zu erlangen, in denen die ausschlaggebenden wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen getroffen werden.

Uns scheint, daß der gegen die Vertreter dieser Richtung erhobene Vorwurf, eine „Integration“ anzustreben, abwegig ist: Tatsache aber ist, daß diese mitunter in unklarer Weise formulierten Auffassungen von manchen Kongreßteilnehmern eben auf diese Weise ausgelegt wurden und Widerspruch hervorriefen.

Bei der Diskussion über das Thema der Gewerkschaftseinheit kamen ebenfalls widersprechende Auffassungen zum Ausdruck, wenn auch, wie vorausgeschickt werden soll, ein „Tabu“ gefallen zu sein scheint: während bisher nämlich die Leitung der *Force Ouvrière* in entschiedener Weise gegen jede „Aktionseinheit“ dieser Organisation mit der C.G.T. Stellung nahm, ist in dieser Hinsicht eine sehr wichtige Änderung erfolgt: die Tatsache nämlich, daß die Gesamtpolitik der gaullistischen Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in den letzten Jahren überall, auf der Ebene der Betriebe und der Industriegewerkschaften, faktisch zur „Aktionseinheit“ mit der C.G.T. und dem Christlichen Gewerkschaftsbund geführt hat, mußte einfach zur Kenntnis genommen werden; in einem Land, in dem die Gewerkschaftsbewegung in so unheilvoller Weise zerrissen ist wie in Frankreich (und in Italien), kann ein wirksamer Widerstand, zumal gegen eine „starke Regierung“, nur erfolgen, wenn sich die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen zumindest von Fall zu Fall beraten, um ihre Tätigkeit aufeinander abzustimmen. Das geschieht jetzt fast täglich, und so ist es zu verstehen, daß die Vorbehalte gegen die „Aktionseinheit“ wenn nicht verschwunden sind, so doch nicht mehr in der früheren scharfen Form vorgebracht werden.

GUSTAVE STERN

Ganz anders steht es mit dem Problem der „organischen Einheit“, das heißt einer eventuellen Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen in Frankreich. Vertreter einer Minderheit, zu der einige der „Modernisten“ gehören, machten geltend, daß die Entwicklung der internationalen Lage, soweit sie eine Entspannung in Aussicht stellt, den Versuch rechtfertige, zu einer „organischen Einheit“ zu gelangen. Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Wiedervereinigung der französischen Gewerkschaftsbewegung nach ihrer mehrfachen Spaltung eben in Perioden erfolgt ist, die einer Annäherung zwischen dem Westen und der Sowjetunion entsprachen: so im Jahr 1936 und während des letzten Krieges.

Aber nur eine relativ geringe Minderheit hat diesen Standpunkt mit wirklicher Überzeugung vertreten. Die Mehrheit, die auf dem Kongreß von Generalsekretär *Robert Bothereau* geleitet wurde, der jetzt sein Amt an den 45 Jahre alten Buchdrucker *André Bergeron* abgetreten hat, vertrat mit Schärfe den Standpunkt, daß alle Gründe, die im Jahre 1947 für die Abspaltung von der kommunistischen C.G.T. maßgebend waren, heute weiter voll und ganz bestünden. Diese Mehrheit hat auch, wenn auch in viel nuancierter Form, alle Bestrebungen abgelehnt, die auf eine eventuelle „organische Einheit“ mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund, der C.F.T.C., abzielen, die, wie erklärt wurde, weiterhin dem „klerikalen Einfluß“ unterstehe, obwohl seit einigen Jahren eine junge Equipe in diesem Bund die konservativen Elemente abgelöst hat und eine sehr dynamische Politik betreibt.

Es ist jedoch möglich, und sogar wahrscheinlich, daß die allgemeine Haltung der *Force Ouvriere* gegenüber der C.F.T.C. erneut diskutiert und vielleicht revidiert wird, wenn das „große Ereignis“ eintritt, von dem jeder spricht: nämlich der für Ende 1964 einberufene außerordentliche Kongreß der C.F.T.C. in welchem, dem Willen einer großen Mehrheit entsprechend, der Beschluß gefaßt werden soll, das „zweite C“ (chretien, christlich) aus dem Firmenschild der C.F.T.C. (*Confederation Frangaise des Trarailenos Chretiens*) verschwinden zu lassen, um so auch nach außen klar den Willen zu manifestieren, daß innerhalb der früher christlich-konservativen Gewerkschaftsorganisation eine entscheidende Wandlung erfolgt sei.

Es versteht sich von selbst, daß die 1300 Delegierten des Kongresses der *Force Ouvriere*, von denen nicht weniger als hundert das Wort ergriffen, zu den verschiedensten Wirtschafts- und Sozialproblemen Stellung nahmen und daß die gegenwärtige Regierung Frankreichs nicht eben zart behandelt wurde. Der Kongreß stand im Zeichen großer Arbeitskämpfe — die Eisenbahner hatten, als die Delegierten tagten, zu einem 36-Stunden-Streik aufgerufen —, und das Echo des von den Gaullisten proklamierten „sozialen Jahres“, das in Wirklichkeit zum Jahre großer Arbeitskämpfe und Streiks geworden war, hallte vielfach auf diesem Kongreß wider, als dessen positivste Seite von den zahlreich erschienenen ausländischen Gästen die intensive Diskussion betrachtet wurde, die in der Tat Zeugnis für geistige Regeksamkeit und demokratischen Willen war.

Eine Vorbemerkung richte ich gegen jene, die nichts mehr von Idealen wissen wollen, gegen Leute, die meinen, sie seien, indem sie große Ziele ablehnen, die wahren, ja die alleinigen Realisten. Das ist ein arger Irrtum, der sich für die Arbeitnehmer nur als verhängnisvoll erweisen könnte. Man kann nicht Mensch sein, ohne an unsere größeren Möglichkeiten zu glauben. Wer vom Menschen gering denkt, ist entweder ein Reaktionär oder gar ein Faschist.

(Eugen Kogon in seinem Vortrag vor dem Kongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 1963)